



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Galizien und die zwei österreichischen Reichshälften.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die Herausgabe des neuen Halbbandes kommt zu gelegenster Zeit. Derselbe enthält die Restauration des bourbonischen Königthums unter Ferdinand VII., vom Sturze Napoleon's 1814 bis 1820, und den Beginn der Militärrevolutionen und Wiedereinführung der Verfassung, welcher die französische Intervention durch den Herzog von Angoulême folgte. Die hier geschilderte Zeit bildet Boden und Grundlage für die Zustände und Parteverhältnisse, welche bis zur Gegenwart das Schicksal Spaniens bestimmt haben, es ist auch die erste Jugendzeit der meisten Staatsmänner, welche jetzt die Geschicke Spaniens zu entscheiden haben. Der ruhmlose Fall der Verfassung von 1812, der unsinnige Enthustasmus, mit welchem die Spanier sich ihrem elenden Könige zu Füßen warfen, der Charakter Ferdinand's VII., die höchst kläglichen Charaktere und Intriguen seiner reactionären Staatsmänner, der Kampf Englands und Rußlands um die Herrschaft an einem sittenlosen und ohnmächtigen Hofe, und der erste Ausbruch der Enttäuschung und Unzufriedenheit in dem betrogenen Volke sind erzählt. Der Verfasser bewährt auch hier Wissen, Kunst und gute Natur, welche an dem ersten Band seiner Geschichte zu rühmen waren, er überzeugt, indem er belehrt, und er gibt dem Leser sicheres Vertrauen zu seinem Urtheil und die sympathische Empfindung, welche einzulösen das Vorrecht eines hochgesinnten und guten Mannes ist.

Möge ihm Lust und Kraft bleiben, das treffliche Werk, dessen wir Deutsche uns rühmen, bis zum Ende, d. h. bis zu der Katastrophe neuester Gegenwart, fortzusetzen, und möge ihm selbst dabei die schönste Freude werden, welche einem deutschen Geschichtschreiber werden kann, die Freude, daß sein ehrlicher Sinn in den letzten Resultaten der Zeit und des Volkes, welche er schildert, einen dauernden Fortschritt erkennt, der seinem eigenen Herzen wohlthut.

♀

Galizien und die beiden österreichischen Reichshälften.

× Zu der Ministerkrisis, welche sich gegenwärtig in Wien vollzieht, haben die Vorgänge auf dem letzten lemberger Landtage die Veranlassung gegeben — das ist eigentlich Alles, was bisher über den Rücktritt des Ministerpräsidenten Fürsten Carlos Auersperg zuverlässig bekannt geworden. Fest zu stehen scheint außerdem nur noch, daß der Rücktritt des bisherigen Leiters des cisleithanischen Cabinets mit gewissen Schwankungen in der kaiserlich

königlichen Meinung vom Werth constitutionellen Regiments zusammen gefallen ist. Das sagt uns ebenso die ängstliche Besorgniß des deutsch-österreichischen Liberalismus, wie die Sprache, welche gewisse mit den Regierungskreisen zusammenhängende Journale über einzelne Glieder des Ministeriums führen.

Einen schlimmern Stoß hat der politische Credit des Polenthums nicht er leiden können, als den, welchen er sich selbst durch seine gegen die österreichische Verfassung gerichteten Angriffe zugefügt hat. Es scheint, die Smolka, Adam Sapieha u. s. w. haben der Welt beweisen wollen, daß sie an Urtheilslosigkeit und Kurzsichtigkeit den Männern an der Wechsel Nichts nachgeben, welche sich für ihren Aufstand gegen die russische Herrschaft keinen günstigeren Augenblick zu wählen mußten als den, in welchem zum ersten Mal nach Decennien ein polnischer Patriot an der Spitze der Administration des Königreichs stand. Dieselbe Leichtfertigkeit, mit welcher damals des russischen Kaisers versöhnliche Absichten und des Marquis Wielopolski wohlgemeinte Rathschläge verworfen wurden, offenbart sich heute in der Politik des lemberger Landtags und hat, soweit sich bis jetzt beurtheilen läßt, zu durchaus analogen Folgen geführt: das freisinnige wohlwollende Ministerium, welches ohne Rücksicht auf die wachsende Verstimmung der Ruthenen und das Grollen der russischen Nachbarschaft dem in der übrigen Welt proscribirten oder unmöglich gewordenen Polenthum eine Freistatt eröffnete, ist ins Schwanken gebracht, der nationale Statthalter Goluchowski zum Rücktritt gezwungen worden.

Welche Eventualitäten standen den Polen offen, als sie sich am Vorabend des kaiserlichen Besuchs in Galizien zu einer directen Herausforderung des constitutionellen Oestreich entschlossen?

Wie uns scheint waren nur zwei Möglichkeiten gegeben, mit welcher die Majorität des lemberger Landtages rechnen konnte: Rückkehr zum Föderalismus oder — wie sie selbst drohend geltend gemacht haben — Anschluß an die transleithanische, ungarische Reichshälfte.

In dem Drängen nach Sprengung der gegenwärtigen österreichischen Verfassung und dem Bestreben, den Kaiserstaat in eine Anzahl selbständiger Landschaften aufzulösen, begegnen die Polen sich mit den übrigen Slaven der österreichischen Monarchie, nur daß die Chancen auf Erfüllung ihrer letzten Wünsche und Hoffnungen dabei in demselben Maße fallen, als diejenigen der Czechen, Slovenen, Croaten u. a. steigen. In allen westslavischen Ländern geht die panslavistische Strömung gegenwärtig höher, als jede andere und damit ist zugleich gesagt, daß die polnischen Hoffnungen mit den Tendenzen der übrigen Stämme dieser Völkerverfamilie unvereinbar sind. Der Panslavismus von heute ist nicht mehr das verschwommene, phantastische Ding, das er im

J. 1848 war und für das ihn noch zehn Jahre später der Marquis Wielopolski zu nehmen schien, als er eine russisch-polnische Föderation gegen das nach Osten vordringende Germanenthum empfahl. Seit den letzten Jahren steht die Bewegung in der slavischen Welt so direct unter russischen Einflüssen, daß die Begriffe Panславist und Anhänger Rußlands nahezu identisch geworden sind. Das Polenthum aber ist die directe Verneinung der panslavistischen Idee. Weder wollen die Polen etwas von einem Anschluß oder einer Unterordnung unter das russische Banner wissen, noch sind sie mit den übrigen Slavestämmen in der Abneigung gegen die westeuropäische Civilisation und den schwärmerischen Wünschen für Herstellung einer selbständigen neuen Cultur einig. Ihr Stolz ist von jeher gewesen, das Bollwerk des Abendlandes gegen den Osten gebildet zu haben und der Anspruch, welchen sie auf Wiederherstellung der königlichen Republik erheben, gründet sich vornehmlich auf ihre Verdienste um die Sache der westeuropäischen Civilisation. Ihre entschiedensten Gegner sind darum auch nicht die russischen Gouvernemente, sondern die Anhänger panslavistisch-nationaler Politik, welche in Moskau ihren Sitz haben und in den Rechen die Störenfriede der slavischen Einigkeit verfolgen. Diese sind es, welche von den Westslaven immer wieder eine Unterstützung der Ruthenen gegen die galizischen Polen als Unterpfand künftigen Zusammengehens fordern.

Was hat das Polenthum unter solchen Umständen mit den übrigen slavischen Föderalisten der österreichischen Monarchie gemein, was hat es von einem Siege derselben zu erwarten? Absolut Nichts. Numerisch schwächer als die übrigen Stämme, von ihnen durch ihre leidenschaftlichen Antipathien gegen Rußland geschieden, bei ihnen durch ihre Händel mit den galizischen Ruthenen übel renommirt, haben die Polen von dem Siege des slavischen Elements in Oestreich Nichts zu erwarten: sie bekommen nur noch in den Kauf, was ihnen im Kaiserstaat bisher erspart blieb: den Haß des wirklich herrschenden und maßgebenden Elements, der Deutschen. Der Deutschösterreicher steht im Föderalismus den gefährlichsten Feind zugleich seiner Freiheit und Bildung und seiner Nationalität, er weiß aus alter und neuer Erfahrung, daß dieses System sich nur auf ein Bündniß des Slaventhums mit Feudalen und Clericalen stützen kann, daß der Verlust seiner nationalen Präponderanz zusammenfällt mit dem Einsturz gebildeter und freiheitlicher Staatsformen. Auf deutsche Bundesgenossenschaft haben die Polen mithin nicht zu rechnen, wenn sie sich nach Herstellung des föderalistischen Systems im Kampf mit den differirenden Interessen der übrigen slavischen Stämme behaupten wollen — die Gefahr, auf Unkosten ihrer liebsten Wünsche majorisirt und ihrem numerisch stärkeren, von Rußland eifrig patronisirten Feinde im eigenen Land, dem Ruthenthum, geopfert zu werden, ist in einem von slavischen Einflüssen

beherrschten Oestreich sogar größer, als in dem constitutionellen Verfassungsstaat der Gegenwart.

Diesen nahe liegenden Erwägungen scheinen sich selbst die Heißsporne des lemberger Landtags nicht ganz verschlossen zu haben. Wenn sie zunächst auch nur gegen die centralistische Structur der Constitution und für die Autonomie Galiziens ins Feuer gingen, so ließ sich doch durchsehen, daß die in der Presse wiederholt und nachdrücklich ausgesprochene Drohung mit einem eventuellen Anschluß an die transleithanische Reichshälfte in den Köpfen, namentlich der entschiedenen Oppositionsmänner, eine beträchtliche Rolle spielte.

Wie nun die Magyaren selbst von der Eventualität eines Anschlusses Galiziens an Ungarn denken, ist in Norddeutschland nicht bekannt. Aus Andeutungen der die Anschauungen der Linken des pesther Landtags vertretenden „Ungarischen Monatschrift“ läßt sich nur ersehen, daß die vorgeschrittene Partei jede Erweiterung der ungarischen Machtsphäre gern sehen würde. Daß sich aber die maßgebenden ungarischen Politiker mit der Ungeheuerlichkeit einer Assimilation Galiziens jemals befreunden könnten, ist geradezu undenkbar. Für Ungarn ist das Vorhandensein einer in einzelnen Comitaten prävalirenden slavischen Bevölkerung bereits gegenwärtig eine Calamität, denn wesentlich ihm ist es zuzuschreiben, daß der Panславismus in dem Magyarenthum seinen Todfeind bekämpft. In den compact magyarischen Landestheilen liegt der Schwerpunkt des ungarischen Staats; daß es außerdem Provinzen gibt, in denen die Magyaren die herrschende Classe vertreten und eine slavische Landbevölkerung unter sich haben, mag dem Nationalstolz Einzelner schmeicheln, trägt zur Kräftigung des Ganzen aber sicherlich nicht bei. Von dem Polonismus ist das Magyarenthum ja eben dadurch fundamental unterschieden gewesen, daß es eine wirkliche Nationalität, die Summe aller zu einem Staatsganzen erforderlichen Elemente repräsentirte und seinen ursprünglich wesentlich aristokratischen Charakter zu überwinden und loszuwerden wußte. Wird Galizien dem ungarischen Staate zugefügt, so treten doppelte Schwierigkeiten ein. Der östliche Theil Galiziens, der geographisch Ungarn am nächsten liegt, ist der Majorität seiner Bevölkerung nach von Ruthenen (Kleinrussen) bewohnt. Je inniger die Verbindung ist, in welche die Polen mit den Magyaren treten, desto unvermeidlicher erscheint eine Interessengemeinschaft zwischen Ruthenen und mißvergnügten ungarischen Slaven und der ständisch-nationale Gegensatz, der der Fluch Galiziens und bereits gegenwärtig die schwache Seite Ungarns ist, überträgt sie auf den größten Theil der unter der Stephanskronen stehenden Länder und frißt die Gesundheit des gesammten Staatslebens an. Die Vortheile einer unläugbar bereits vorhandenen Interessengemeinschaft zwischen Polen und Magyaren werden durch den Umstand, daß diese Gemeinschaft zugleich einen Gegensatz gegen die

Forderungen und Tendenzen der Ruthenen bedeutet, mehr wie aufgewogen. Dazu kommt, daß diese Ruthenen durchweg eifrige Anhänger der griechischen Kirche sind und schon an dem katholischen Charakter Ungarns Anstoß nehmen müssen. Die westliche jenseit des Flüßchens San belegene Hälfte Galiziens, welche hauptsächlich von Polen bewohnt wird und altpolnisches Land ist, ist zugleich die von den ungarischen Centren weiter abliegende und kleinere und kommt darum erst in zweiter Reihe in Betracht.

Das schlimmste Brautgeschenk, das die galizischen Polen Ungarn zu brächten, wäre aber der volle Haß des bereits gegenwärtig entschieden antimagyarisch gesinnten Rußlands. Eine Fusion Ungarns mit den „Erbsfeinden“ der nationalen russischen Idee würde Rußland ebenso wenig dulden, wie die Unterordnung der Ruthenen unter magyarische Einflüsse — Ungarn würde die russische Feindschaft, an welcher Oestreich jetzt zu tragen hat, mit doppelter Schwere auf sich nehmen.

So sprechen alle Gründe dagegen, daß Ungarn sich jemals auf die von den Polen gewünschte oder doch als Drohung verlautbarte Combination einlassen werde. Zieht man endlich die praktischen Schwierigkeiten in Betracht, erwägt man, daß die cisleithanische Reichshälfte und die wiener Regierung sich einer Abtretung Galiziens an Ungarn aufs Aeußerste widersetzen, dieselbe erforderlichenfalls mit Gewalt verhindern werden und dabei auf die thatkräftige Unterstützung von Millionen aufgebrachtener Ruthenen rechnen können, so erscheint der bloße Gedanke an eine Verschiebung der Territorialmachterhältnisse, wie sie von polnischen Enragés geträumt wird, als Utopie, die für praktische Politiker eigentlich nicht in Betracht kommen kann.

Dann bliebe den Polen, selbst in dem unwahrscheinlichen Falle, daß sie aus dem thörichten Kampf gegen den österreichischen Verfassungsstaat und das Cabinet Biskra als Sieger hervorgehen sollten, keine andere Wahl, als ein Experiment mit dem Föderalismus, der ihren Todfeind, den Panславismus, zum eifrigsten Verbündeten, das deutsche Element zum geschworenen Gegner hat, und zugleich den materiellen Interessen aller Theile der österreichischen Monarchie ebenso schädlich ist, wie der geistigen Cultur und der Wehrkraft des Staates nach Außen.

Franz Joseph hat den Iemberger Landtag nicht aufgelöst, die versprochene Kaiserreise nach Galizien ist — wenigstens nach polnischen Nachrichten — nicht aufgegeben, sondern nur aufgeschoben worden. Die polnischen Galizier haben somit die Möglichkeit ihrer Stellung zum österreichischen Verfassungsstaat noch ein Mal in Erwägung zu ziehen und die Eventualitäten, die für den Fall eines offenen und vollständigen Bruches mit dem gegenwärtigen System offen blieben, der Revision zu unterziehen. Wohl läßt sich schon gegenwärtig absehen, daß ein vernünftiges Einlenken zur ersten Stunde

wenig wahrscheinlich ist und man polnischer Seits versuchen wird, die Sache auf die Spitze zu treiben; zweifelhaft aber kann nicht sein, daß die Polen damit die Niederlage ihrer Sache selbst und vielleicht für immer unterschrieben hätten. Es zeigt von einer Selbstüberschätzung, für welche man um den Ausdruck verlegen sein könnte, wenn dieser im eignen Lande die Minorität bildende Stamm wegen des Vorschubs, der ihm durch Oestreichs gegen Rußland laufende Interessen geleistet worden, in den Wahn gewiegt worden ist, er sei der eigentliche Meister der Situation und nur nach einer Verständigung mit ihm könne Oestreich hoffen, das Werk seiner Neugestaltung zu vollziehen. Daß das Verhältniß das umgekehrte ist, liegt für Jeden, der die Lage mit irgend nüchternen Augen ansieht, so sehr auf der Hand, daß alle Nachweise dafür überflüssig scheinen. So gering auch die Hoffnungen sind, welche wir für eine continuirliche Fortentwicklung des constitutionellen Lebens in Oestreich hegen, so genau wir auch wissen, daß dasselbe immer wieder Gefahr laufen wird, von absolutistischen und clericalen Velleitäten gekreuzt zu werden — daß die Polen Galiziens nicht die Leute sind, Oestreich aus den Angeln zu heben, in welche es durch die liberale innere Politik der letzten Jahre gehängt worden ist, versteht sich von selbst.

Es gibt geschichtliche Nothwendigkeiten, welche sich unerbittlich und ohne jede Rücksicht darauf, wie groß die Opfer sind, welche auf Unkosten der Humanität gebracht werden, vollziehen. Man hat die Vernichtung des polnischen Elements zu diesen Nothwendigkeiten gerechnet. Wenn irgend Etwas geeignet ist, diese Auffassung zu unterstützen, so sind es die Capitel der polnischen Geschichte, welche in den Jahren 1853 und 1868 in Rußland und Oestreich gespielt haben. Daß es kaum fünf Jahre nach den furchtbaren Erfahrungen, die Polen seit dem Bankerott des Wielopolski'schen System's gemacht, möglich gewesen, politische Thorheiten wie die des letzten lemberger Landtags zu erleben, schlägt denen, welche an die Möglichkeit einer Wiederherstellung dieses Staates geglaubt haben, empfindlicher ins Gesicht, als Alles was unter den Redczinski und Poniatowski gesündigt worden. So frische Erfahrungen so rasch und so vollständig in den Wind zu schlagen, vermag bloß die unbelehrbare und unverbesserliche Leichtfertigkeit, und wenn Oestreich dereinst dieselbe polenfeindliche Politik adoptirt, in welcher Rußland gegenwärtig das Heil sucht, so wird seine Berufung auf die Erfahrungen von 1868 bei der Mehrzahl der Zeitgenossen keine ganz vergebliche sein.